

Die älteren Geschwister

Die Beziehung der Kirche zum Judentum: Von Judenfeindschaft zum Gespräch auf Augenhöhe

Das jüdisch-christliche Gespräch bleibt in geschichtlicher, theologischer und spiritueller Verantwortung von besonders grundlegender Bedeutung. Das ergibt sich aus den Erfahrungen der Shoah und der kritischen Infragestellung einer Theologie, die den Antisemitismus durch Jahrhunderte gefördert hat. Jahrhundertlang war das Verhältnis zwischen Juden und Christen vor allem durch eines bestimmt: Durch die Abwertung und Ablehnung des Judentums. Für Juden, die unter christlicher Herrschaft lebten, hatte das fatale Folgen. Das war nicht von Anfang an im Urchristentum der Fall. Die ersten Christen waren jüdischer Herkunft, zusammen mit den „Dazugekommenen aus der Völkerwelt“ (Röm. 11,17) bildeten sie die Urgemeinden.

Aber schon Paulus scheiterte, mit der Kollektensammlung für die Jerusalemer Gemeinde die Kirchengemeinschaft und damit den unlösbaren Zusammenhang der Christengemeinden mit dem Volk Israel zu bewahren (Gal. 2,10; Röm. 15,26; 1. Kor. 16,1-4). Das Fatale nahm seinen Lauf, weil die Kirche aus der nichtjüdischen Völkerwelt nicht auf Paulus gehört hat, sondern im Gegenteil Israel wegen seines Neins zum Evangelium als von Gott verworfen erklärte. Über die Jahrhunderte entwickelte sich eine Geschichte der Ausgrenzung durch die Bildung von Gegensätzen: Christen sind Teil des neuen, von Gott gestifteten Bundes, Juden hängen noch dem alten, vergangenen Bund an. Die Kirche verstand sich selbst als das „neue Israel“, die das vorherige Gottesvolk abgelöst habe. Gegensätze wurden theologisch festgeschrieben. So wurde den Juden „Gesetzlichkeit“ unterstellt und der „christlichen Gnade“ gegenübergestellt.

„Die Juden als unsere Brüder – aber nur wenn sie sich bekehren. Ansonsten sind sie das verworfene Volk.“ Für Martin Luther waren die Juden Inbegriff des sich selbst durch Werke des Gesetzes rechtfertigenden Menschen, der die Gerechtigkeit verfehlt, die allein durch Christus im Glauben zuteil wird. Seine Judenfeindschaft am Ende seines Lebens erwächst aus seiner Enttäuschung über das Scheitern der Judenmission.

Gottes Ja zu Israel

Dass Gott sein Volk nicht verworfen hat und die Kirche daher kein Recht habe, sich dogmatisch an die Stelle Israels zu setzen erwächst aus der Einsicht: Jesus, der Messias, hat Christen aus der nichtjüdischen Völkerwelt unlösbar mit Gottes erwähltem Volk Israel verbunden (Eph. 2,17). So bekommt die Völkerwelt Zugang zum Gott Israels, der kein anderer ist als der Vater Jesu Christi. Der Jude Paulus wendet sich im Römerbrief mit dem Bild des Ölbaums gegen den Hochmut der Christen nichtjüdischer Herkunft. Sie seien nur die „aufgepfropften“ Zweige an der jüdischen Wurzel sind. Die christliche Kirche darf daher die Solidarität mit Gottes Volk nicht aufgrund der jüdischen Ablehnung der Messianität Jesu aufkündigen.

Der ungekündigte Bund Gottes mit seinem Volk Israel lässt erkennen, wie treu Gott in seiner Liebe ist. Gottes Treue zu Israel ist das Fundament für Gottes Treue zu den Christen, ja zur Völkerwelt als Ganzer. Ohne das Erste Testament wäre das universale Heilshandeln Gottes nicht wirklich zu verstehen. Insofern ist das sogenannte „Alte Testament“ der Erfahrungsraum für das Neue (Frank Crüsemann). Ohne die Erfahrung, dass Gott treu zu seinem Volk Israel steht, hätten auch Christen keine Gewissheit ihres Glaubens. Die Kirche bezeugt ihre Sendung an die Völker von daher nur

angemessen innerhalb der bleibenden Erwählung und Sendung Israels als „Licht der Völker“ (Jes. 42,6 u. a.) als „Mit-Sein mit Israel“ (Bertold Klappert).

Zögerliche Reflexion über christlichen Antisemitismus

Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft 1945 kam es in Deutschland zunächst nur zögerlich zu einem bis heute nicht abgeschlossenen Lernprozess der Kirchen bezüglich ihres schuldhaften Versagens gegenüber dem Judentum. Eine Reflexion über christlichen Antisemitismus kam kaum zur Sprache. Eine theologische und spirituelle Neuausrichtung gegenüber Juden und Judentum war wenig vernehmbar. Richtungsweisend wurde die Synodalerklärung der Evangelischen Kirche im Rheinland „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ vom Januar 1980. Viele Gliedkirchen der EKD haben daraufhin im Laufe der nächsten Jahrzehnte ihr Verhältnis zum Judentum theologisch neu bestimmt, jede Form der Judenfeindschaft verworfen und zur Begegnung mit dem Judentum aufgerufen. Entsprechende Aussagen fanden vielfach Eingang in die Kirchenverfassungen.

Auch die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg (EKiBB) hatte sich in zwei Synodalerklärungen zu ihrem Verhältnis zu den Juden bekannt. Die Synode Berlin-West hob 1984 selbstkritisch hervor: „Unser Verhältnis zum jüdischen Volk steht nach wie vor im Schatten der jahrhundertalten judenfeindlichen Haltung in Kirche und Gesellschaft sowie der Judenverfolgung und des Judenmords in den Jahren 1933 – 1945“. Sie erinnerte an die biblische Erkenntnis, „dass unsere Errettung von der Erwählung Israels nicht zu trennen ist“. Sie forderte dazu auf, „die Bemühungen zu verstärken, in Gottesdienst, Lehre und Unterricht auf Lehre und Leben des jüdischen Volkes in Geschichte und Gegenwart verstehend zuzugehen und sie von ihren eigenen Voraussetzungen her darzustellen“.

Die Regionalsynode Ost hielt 1990 fest: „Eine Judenmission lehnen wir ab“. Weiter heißt es: „Das Alte Testament hat bleibende Bedeutung für unseren Glauben“. Das Judesein Jesu sei stärker als bisher zu bedenken. Zudem sei es unhaltbar, „den Juden“ die Schuld am Tode Jesu zuzuweisen. Ziel sei ein Umdenken in Predigt und Katechese, im Gemeindeggespräch und im Umgang mit kirchlicher Kunst, um die vielfach vorhandenen antijüdischen Einstellungen bewusst zu machen und zu überwinden.

1995 gingen die Einsichten und Entscheidungen dieser beiden Erklärungen in die Grundordnung der Landeskirche ein, in der es heißt: „Die EKiBB erkennt und erinnert daran, dass Gottes Verheißung für sein Volk Israel gültig bleibt ... Sie bleibt im Hören auf Gottes Weisung und in der Hoffnung auf die Vollendung der Gottesherrschaft mit ihm verbunden.“ Diese Sätze wurden 2003 in die Grundordnung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) übernommen. Zuletzt hat die Synode der EKD im November 2016 das gemeinsame Zeugnis von Juden und Christen von dem einen Gott und seiner Bundestreue betont und sich auf der Grundlage der „bleibenden Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen“ gegen die Judenmission ausgesprochen.

Das Christentum mit seiner langen Machtgeschichte hat eine spezielle Verpflichtung, sich geistlich der Herausforderung zu stellen, dass unbedingte Geltung des Eigenen sich mit der unbedingten Achtung den Anderen gegenüber verbindet. Denn bis heute sind viele Äußerungen in Theologie und Kirche zwar nicht ausdrücklich antijüdisch, aber doch stellenweise arg „israelvergessen“. So hat zum Beispiel die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ 1999 festgehalten, dass das Gesetz „als Weg zum Heil“ überwunden sei. Es stellt sich die Frage, wer denn das Gesetz zum Heilsweg

erklärt habe. Das Judentum war jedenfalls nie dem Wahn verfallen, man könne sich mit guten Werken den Himmel verdienen.

Die Tora, also Gottes Weisung, ist aus jüdischer Perspektive gute Gabe Gottes, Ausdruck des gestifteten Bundes Gottes mit seinem Volk Israel. „Gesetz“ ist nicht etwas, was den Menschen zum „Evangelium“ treibt, sondern ist Teil des universellen Heilshandelns Gottes und ruft den Menschen in seine Verantwortung.

Die Beziehung zum Judentum ist für den christlichen Glauben und die Kirche wesentlich und grundlegend. Leider werden Kenntnisse über das Judentum im Theologiestudium nicht verbindlich verlangt. Es bleibt in Gemeinde und Schule, bei Predigtmeditationen und an Theologischen Fakultäten eine wesentliche Aufgabe, das Neue Testament im Licht des Alten Testaments zu lesen und damit nicht im Kontrast zum Judentum, sondern in seinem Kontext. Auf dass die traditionellen Abwertungen überwunden werden zugunsten einer aus christlicher Perspektive notwendigen Grundausrichtung zu einem „Gespräch auf Augenhöhe“ mit den „älteren Geschwistern“.

Dr. Andreas Goetze ist Landespfarrer Interreligiöser Dialog in der EKBO.

Beitrag ist zuerst erschienen in „die kirche“, Ausgabe 5/ 29. Januar 2017